

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 56. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. November 2007, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Jürgen Feddersen (CDU)	
Karsten Jasper (CDU)	
Wilfried Wengler (CDU)	i.V. von Thomas Stritzl
Anette Langner (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	i.V. von Regina Poersch
Bernd Schröder (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	i.V. von Dr. Heiner Garg

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung der Eichdirektion Nord (1. Änderungsstaatsvertrag EDN)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1631	
2. Fluglärm in der Umgebung des Hamburger Airports gleichmäßiger verteilen	5
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/849	
3. Situation im Motorola-Werk Flensburg	6
Mündlicher Bericht der Landesregierung	
4. Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK	8
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1478	
5. Perspektiven für den Mittelstand in Schleswig-Holstein	9
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/1621	
6. Terminplanung für das erste Halbjahr 2008	10
hierzu: Umdruck 16/2424	
7. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung der Eichdirektion Nord (1. Änderungsstaatsvertrag EDN)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1631

(überwiesen am 12. Oktober 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

Ohne weitere Aussprache schließt sich der Ausschuss der Empfehlung des mitberatenden Finanzausschusses an, dem Plenum des Landtages die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 16/1631, vorzuschlagen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Fluglärm in der Umgebung des Hamburger Airports gleichmäßiger verteilen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/849

(überwiesen am 29. Juni 2006)

Weil der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/849, in der gestrigen gemeinsamen Sitzung des Ausschusses mit dem Wirtschaftsausschuss der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg aus Zeitgründen nicht beraten werden konnte, verschieben die Ausschussmitglieder die Beratung dieses Tagesordnungspunktes bis zum Zeitpunkt eines weiteren Zusammentreffens mit Hamburg. - Bei dieser Gelegenheit regt der Vorsitzende, Abg. Arp, an, künftig zweimal jährlich mit den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft zu tagen. - Diese Anregung findet die Zustimmung des Ausschusses.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Situation im Motorola-Werk Flensburg

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 13. September 2007 zur abschließenden Beratung)

AL Dr. Haass weist darauf hin, dass ab 1. Januar 2008 die Verträge mit den Mitarbeitern im Logistikbereich von Motorola präzisiert würden, sodass es sich anbiete, nach diesem Zeitpunkt eine aktuelle Berichterstattung vorzunehmen und diese dann zu diskutieren.

Abg. Callsen hebt im Folgenden auf das Thema der Auszubildenden in der Flensburger Region generell ab sowie auf Überlegungen, die hoch qualifizierte Ausbildung auch über die Zeit von Motorola hinaus in der Region zu gewährleisten. Diesbezüglich sei seiner Kenntnis nach eine Kooperation mit der Bundeswehr im Gespräch. Er möchte wissen, ob das MWV hierüber weitere Gespräche führe beziehungsweise für die Zukunft plane.

AL Dr. Haass erwidert, jedenfalls im Augenblick seien ihm solche Gespräche nicht bekannt. Er sagt zu, dieser Frage beim Ausbildungsreferat des MWV nachzugehen und eine Antwort nachzuliefern.

Abg. Harms lenkt den Blick sodann auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Motorola, die nicht im Logistikbereich beschäftigt seien und formal nicht von der Auffanggesellschaft, die bekanntlich gegründet werden solle, erfasst würden, weil sie zurzeit nicht von Arbeitslosigkeit bedroht seien. Er bittet die Vertreter der Landesregierung, sich in Gesprächen sowohl den Problemen der Auszubildenden als auch der Situation dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht zum Logistikbereich gehörten, anzunehmen.

AL Dr. Haass verweist auf den ständigen Kontakt, den das MWV mit der Geschäftsleitung habe, dass man aber auch nicht die „Pferde scheu machen“ wolle. Denn über die Zukunft der Restbeschäftigung von Motorola gebe es auf Konzernebene noch keine Entscheidung.

Abg. Harms präzisiert, ihm gehe es darum, dass das MWV ein Auge auf die weitere Entwicklung habe, dass mit der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat weiterhin das Gespräch geführt werde, um gegebenenfalls landesseitig rechtzeitig situationsangemessen handeln zu können.

Der Ausschuss erklärt seine Beratungen über den mündlichen Bericht der Landesregierung, der in der Plenarsitzung am 13. September 2007 gegeben wurde, für abgeschlossen, bittet jedoch das MWV um weitere aktuelle Informationen je nach Entwicklungsfortschritt bei Motorola. - AL Dr. Haass sagt dies zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1478

(überwiesen am 11. Juli 2007 an den **Sozialausschuss**, den Europaausschuss
und den Wirtschaftsausschuss)

RL'in Ehlers erinnert an die Ausführungen von M Döring vom 5. September, wonach das Modellprojekt GRAMARK definitiv zum Ende des Jahres 2007 seine Arbeit einstellen werde. Der Leiter der Arbeitsagentur Nord habe sich gegenüber dem MSGFJS zuversichtlich geäußert, den sich daraus ergebenden zusätzlichen Arbeitsaufwand mit EURES gut bewältigen zu können. Diese Aussage gelte gerade auch vor dem Hintergrund der in der Region auch tätigen privaten Arbeitsvermittlungen.

In der folgenden kurzen Aussprache betont M Döring, dass die Vermittlung von Arbeitslosen eher von EURES betrieben werde, weil hier ja auch eine kostenlose Beratung geboten werde. Zusammenfassend könne man sagen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei GRAMARK Anschlussbeschäftigung gefunden hätten, dass die ursprünglich von GRAMARK durchgeführte Aufgabe - wie geschildert - fortgeführt werde und dass er sicher sei, dass dann, wenn bei EURES mehr Personal erforderlich sein sollte, dies auch zu bewerkstelligen sein werde.

Mit dem Einverständnis des Antragstellers spricht der Ausschuss sodann einstimmig die Empfehlung an den federführenden Sozialausschuss aus, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag Drucksache 16/1478 für erledigt zu erklären.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Perspektiven für den Mittelstand in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1621

(überwiesen am 12. Oktober 2007 an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Callsen fragt nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der von der Europäischen Kommission gesetzten beihilferechtlichen Rahmenbedingungen und nach sich daraus möglicherweise ergebenden Konsequenzen für die Förderprogramme des Landes.

AL Dr. Haass erklärt, dass man insbesondere mit den Angeboten der Finanzierungsinstitute eine Reihe von Problemen hinsichtlich der EU-rechtlichen Genehmigung habe. Hier spiele nicht nur die De-minimis-Regelung hinein, zu der es inzwischen eine Richtlinie gebe, sondern es seien weitere Richtlinien zurzeit auf europäischer Ebene in der Abstimmung, die letztlich alle Bestandteil des Beihilferechts seien. Dazu zähle auch die ursprünglich schon für Anfang 2008 erwartete Freistellungsverordnung, die Beihilfen für kleinere und mittlere Unternehmen mit regeln solle. Gegenwärtig müsse jedoch davon ausgegangen werden, dass der Abstimmungsprozess auf europäischer Ebene noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde.

Der Ausschuss nimmt die Antwort auf die Große Anfrage abschließend zur Kenntnis, bittet die Vertreter des MWV jedoch um weitere die Entwicklungen begleitende Berichterstattung.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2008

hierzu: Umdruck 16/2424

Mit der Maßgabe, dass eine Reise des Wirtschaftsausschusses nach St. Petersburg vom Landtagspräsidenten genehmigt wird, deren Durchführung der Ausschuss damit formal beschließt, die vom 8. bis 11. Juli 2008 stattfinden soll, billigt der Ausschuss die Termine in der mit Umdruck 16/2424 (neu) vorgelegten Fassung. - Der Vorsitzende, Abg. Arp, umreißt grob den möglichen Teilnehmerkreis und die Themenschwerpunkte der Reise. Wie schon in der gestern gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft durchgeführten Sitzung angesprochen, soll auch Mitgliedern der Hamburgischen Bürgerschaft und des Senats die Möglichkeit zur Teilnahme eingeräumt werden. Von schleswig-holsteinischer Seite aus soll Unternehmen, die bereits Kontakte in dem Bereich St. Petersburg haben beziehungsweise solche anstreben, die Möglichkeit zur Mitfahrt gegeben werden. Sowohl in Zusammenarbeit mit der IHK als auch mit der WTSH sollen hierzu noch im Einzelnen Gespräche geführt werden. Ein Schwerpunkt der Reise soll in Fortsetzung der beim Hafen in Rotterdam gewonnenen Erkenntnisse in jedem Fall auch der Bereich Hafenentwicklung, Hafeninfrastruktur und -suprastruktur sowie Hafengewirtschaft sein.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 10:40 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp
Vorsitzender

gez. Manfred Neil
Geschäfts- und Protokollführer